

Schriften zum Strafrecht

Band 285

**Rechtshilfe, Anerkennung und
Vertrauen – Die Europäische
Ermittlungsanordnung**

Von

Philipp Ronsfeld



Duncker & Humblot · Berlin

PHILIPP RONSFELD

Rechtshilfe, Anerkennung und Vertrauen –
Die Europäische Ermittlungsanordnung

Schriften zum Strafrecht

Band 285

Rechtshilfe, Anerkennung und Vertrauen – Die Europäische Ermittlungsanordnung

Von

Philipp Ronsfeld



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät
der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel hat diese Arbeit
im Jahre 2015 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2015 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme: L101 Mediengestaltung, Berlin
Druck: buchbücher.de gmbh, Birkach
Printed in Germany
ISSN 0558-9126
ISBN 978-3-428-14773-1 (Print)
ISBN 978-3-428-54773-9 (E-Book)
ISBN 978-3-428-84773-0 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Meinen Eltern

Vorwort

Diese Arbeit wurde im Wintersemester 2014 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel als Dissertation angenommen. Sie hat den Entstehungsprozess der Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung intensiv bis zu ihrem Erlass im Mai 2014 begleitet und diskutiert ausführlich ihre Chancen und Risiken. Grundlage bildeten hierfür insbesondere die Dokumente des Rats der Europäischen Union.

Unerlässlich bei der wissenschaftlichen Arbeit war der fachliche Rat und die Unterstützung von Prof. Dr. Andreas Hoyer. Kernfragen konnte ich umfassend mit ihm in mehreren Gesprächen erörtern und den prinzipiellen Aufbau dieser Arbeit diskutieren. Trotz der weiten Distanz zwischen der Universität Kiel und meinem Wohnort Freiburg fühlte ich mich optimal betreut. Bei jedem Wiedersehen waren mir Hinweise auf entsprechende Veranstaltungen und Bestärkung in meinem Forschungsvorhaben gewiss.

Des Weiteren danke ich Prof. Dr. Georg-Friedrich Gütge, Oberstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Schleswig-Holstein, für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Für meine Studien in Freiburg war die Bibliothek des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht von unschätzbarem Wert. Bedanken möchte ich mich auch besonders bei den Mitarbeitern der Juristischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und der Bibliothek der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel: Sie haben mich bei meiner Arbeit in vielen Formen unterstützt.

Mein herzlicher Dank gilt auch Ulrike Will, Sekretärin von Prof. Hoyer, die stets vorausschauend und humorvoll alle organisatorischen Aspekte der Promotion begleitete.

Meinem Vater Thomas Ronsfeld gebührt ein besonderer Dank. Als Rechtshilfedezernent der Staatsanwaltschaft Kiel war er ein wertvoller Diskussionspartner, der jeden Teil dieser Arbeit durch seine Kommentare und Hinweise bereichert hat. Ohne ihn wäre diese Arbeit um zahlreiche Details/Praxisbeispiele ärmer.

Ebenso möchte ich meiner Freundin Marie de la Croix danken. Ohne ihren Einsatz und ihr Verständnis hätte ich die Arbeit nicht so schnell beenden können.

Abschließend bedanke ich mich bei Timm Janda, Till Bettels nicht nur für ihre persönliche Unterstützung, sondern auch für ihre Rückfragen, die mein fachliches Verständnis und meine Thesen zusätzlich geschärft haben.

Freiburg, im Juli 2015

Philipp Ronsfeld

Inhaltsverzeichnis

<i>1. Teil</i>	
Einführung	25
<i>2. Teil</i>	
Darstellung	29
1. Kapitel	
Die klassische Beweisrechtshilfe	29
A. Die Funktion der Rechtshilfe	29
I. Der Begriff der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen	29
II. Anwendungsbereich der Rechtshilfe	30
1. Achtung der Gebietshoheit (innere Souveränität)	30
2. Der Begriff des hoheitlichen Handelns	32
B. Rechtsquellen des Rechtshilferechts	32
C. Aufbau des Rechtshilfeverfahrens	34
I. Stadien des Rechtshilfeverfahrens	34
II. Verfahrensarten der Rechtshilfe	36
D. Materielles Rechtshilferecht	37
I. Grundsätze der Rechtshilfe	37
1. Grundsatz der Gegenseitigkeit	37
2. Grundsatz der beiderseitigen Strafbarkeit	38
a) Wirkung	38
b) Herleitung	38
aa) Vorbemerkung	38
bb) Das Prinzip <i>nulla poena sine lege</i>	39
cc) Gegenseitigkeit und staatliche Souveränität	39
dd) Schutzverpflichtungen gegenüber eigenen Bürgern	40
3. Grundsatz der Spezialität	41
4. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	42
II. Rechtshilfehindernisse	43
1. Grundsatz des <i>ordre public</i>	43
a) Vorbemerkungen	43
b) Innerstaatliche Belange des ersuchenden Staates	44
c) Strafe und Vollzug	45

aa) Drohende Todesstrafe	45
bb) Übermäßig harte Bestrafung	46
cc) Unmenschliche Behandlung	47
2. Verbot doppelter Strafverfolgung (<i>ne bis in idem</i>)	48
E. Formelles Rechtshilferecht	49
I. Zuständigkeit und Geschäftswege	49
1. Zuständigkeit	49
2. Richterliche Unabhängigkeit	50
3. Geschäftswege	51
II. Verfahrensfragen	52
1. Verfahren für eingehende Ersuchen	52
a) Allgemeiner Ablauf	52
b) Zulässigkeitsverfahren	53
c) Bewilligungsverfahren	55
d) Vornahmeverfahren	56
2. Fragen der Beweiserhebung und -verwertung	57
a) Fremdrechtsanwendung	57
b) <i>Forum shopping</i> der Strafverfolgung	61
III. Form	61
F. Rechtsschutz	65
I. Grundlagen	65
II. Rechtsweg im ersuchenden Staat	65
1. Ansicht zur umfassenden Überprüfung	65
2. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	66
3. Eigene Stellungnahme	67
III. Rechtsweg im ersuchten Staat	68
1. Rechtsschutz bezüglich der Leistungsermächtigung	68
2. Rechtsschutz bezüglich der Vornahmeermächtigung	69

2. Kapitel

Das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung in der Beweisrechtshilfe

70

A. Entwicklung	70
I. Einführungsphase	70
II. Konsolidierung durch den Vertrag von Lissabon	72
III. Bestand der EU-Kooperationswerkzeuge im Sekundärrecht	73
B. Prinzip der gegenseitigen Anerkennung	75
I. Unionseigene Konzeption	75
1. Konzeptionsquelle	75
2. Abgrenzung zur traditionellen Rechtshilfe	75
3. Anwendungsvoraussetzungen	76

4. Erscheinungsformen der gegenseitigen Anerkennung im Strafrecht . . .	77
5. Parameter für ein effizientes Anerkennungsverfahren	78
II. Außenbetrachtung	79
1. Abgrenzung zur traditionellen Rechtshilfe	79
2. Wirkungsweise	80
a) Exkurs: Der Begriff des Exequaturverfahrens	80
b) Unmittelbare Wirkung	81
c) Mittelbare Wirkung	82
d) Vermittelnde Ansicht	85
III. Eigene Stellungnahme	88
C. Ausnahmen zur beiderseitigen Strafbarkeit	89
I. Rechtssetzungstechnik des Ausnahmekatalogs	89
II. Bestimmtheit des Ausnahmekatalogs	91
1. Kritik an mangelnder Klarheit des Katalogs	91
2. Beteiligung der Mitgliedstaaten	93
3. Eigene Stellungnahme	93
III. Bestimmtheit und Rechtssicherheit	97
1. Prinzip <i>nulla poena sine lege</i>	97
2. Rechtssicherheit	97
a) Rechtssicherheit in der internationalen Zusammenarbeit	97
b) Kritik an mangelnder Rechtssicherheit	98
c) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	99
aa) Maßgeblicher räumlicher Bezug	99
bb) Hinreichende sachliche Anknüpfungsmomente	100
d) Eigene Stellungnahme	101
aa) Maßgeblicher räumlicher Bezug	101
bb) Eintritt in einen fremden Rechtskreis	102
cc) Grenzüberschreitende Dimension	104
dd) Besondere Schwere der Tat	106
IV. Demokratiedefizit	107
1. Kritik am Rechtssetzungsverfahren	107
2. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	107
3. Zustimmung aus der Literatur	109
4. Eigene Stellungnahme	110
D. Regelungscharakter	110
I. Einordnung der gegenseitigen Anerkennung	110
II. Verwirklichung im Kontext des Binnenmarkts bzw. des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	112
III. Grenzen der Übertragbarkeit	114
E. Nivellierung des Strafrechts und Missbrauchsmöglichkeiten	115
I. Materielles Strafrecht	115
1. Gefahr der maximalen Punitivität	115
2. Eigene Stellungnahme	116

II. Formelles Strafrecht	118
1. Gefahr des Abbaus und Missbrauchs von Verfahrensrechten	118
2. Eigene Stellungnahme	119
F. Systembruch	121
I. Ausgangslage	121
II. Lösungsansätze	123

3. Kapitel

Die Europäische Ermittlungsanordnung	126
A. Historie und Systematik	126
I. Entstehungsgeschichte	126
II. Aufbau der Richtlinie und Begriffsbestimmungen	127
1. Aufbau	127
2. Begriffsbestimmungen	128
B. Anwendungsbereich	128
I. Rechtsgrundlage	128
II. Zusammenführung	130
1. Vorbemerkungen	130
2. Rahmenbeschlüsse	131
III. Einzelne Maßnahmen	134
IV. Schlussbestimmungen	136
C. Anordnungsverfahren	137
I. Zuständigkeiten und Anwendungsbereich	137
1. Rechtsgrundlagen	137
2. Gerichtliche vs. justizielle Entscheidung	138
a) Gerichtliche Entscheidung	138
aa) Vorgaben des EU-Rechts	138
bb) Ausschluss der polizeilichen Zusammenarbeit	138
cc) Umgehung des Richtervorbehalts	139
b) Justizielle Entscheidung	140
c) Eigene Stellungnahme	141
aa) Qualität der Entscheidung	141
bb) Polizeiliche Entscheidungen	144
cc) Richtervorbehalt	145
II. Erlass der Anordnung	146
1. Form	146
2. Verfahren	147
3. Verteidigungsrechte	148
III. Übermittlung	149
D. Vollstreckungsverfahren	151
I. Rechtsanwendung	151
1. Vorbemerkungen	151

2. Ausnahmen vom Rückgriff auf Ermittlungsmaßnahmen anderer Art	153
3. Nationaler <i>ordre public</i>	154
4. Mitwirkung ausländischer Amtsträger	155
II. Fristen	157
1. Vorbemerkungen	157
2. Effizienz	157
a) Beschleunigung durch Formalisierung	157
b) Zweifel an der Verschlinkung des Verfahrens	159
c) Eigene Stellungnahme	161
III. Übermittlung	161
E. Bindungswirkung und Vollstreckungsschranken	162
I. Vorbemerkung	162
II. Aufschieben der Anerkennung und Vollstreckung	162
III. System der Versagungsgründe	163
IV. Normierte Versagungsgründe	163
1. Staatliche Sicherheitsinteressen	163
2. Besondere drittsschützende Versagungsgründe	164
a) Vorbemerkung	164
b) Immunitäten und Vorrechte	164
c) Zustimmungsbefähigung	165
3. Anwendungsvorrang eigenen Rechts	165
a) Allgemeine Versagungsgründe	165
b) Spezielle Versagungsgründe	166
4. Das Prinzip <i>ne bis in idem</i>	167
5. Beiderseitige Strafbarkeit	168
a) Allgemeine Regelungen	168
b) Besondere Regelungen	168
6. Europäischer <i>ordre public</i>	169
a) Regelungen der Richtlinie	169
aa) Endgültige Bestimmungen	169
bb) Regelungen des Vorentwurfs	171
b) Allgemeine Diskussion über einen Grundrechtsvorbehalt	172
aa) Rechtsprechung des EuGH zum RB EHB	172
bb) Grundrechtsvorbehalt ablehnende Ansicht	172
cc) Grundrechtsvorbehalt befürwortende Ansicht	173
c) Eigene Stellungnahme	175
7. Nationaler <i>ordre public</i>	178
V. Ungeschriebene Versagungsgründe	179
1. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	179
a) Vorbemerkungen	179
b) Annahme eines generellen Versagungsgrunds	180

c) Ablehnung eines generellen Versagungsgrunds	181
d) Eigene Stellungnahme	182
2. Formfehler	184
F. Obliegenheiten und Verfahrensrechte	186
I. Kosten und Haftung für behördliches Handeln	186
1. Vollstreckungskosten einer EEA	186
2. Verantwortlichkeit	187
II. Datenschutz	187
III. Rechtsbehelfe	189
1. Einlegen eines Rechtsbehelfs	189
2. Suspensiveffekt	191
3. Beweisverwertung	192
IV. Informationspflichten	192

4. Kapitel

Gegenseitiges Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit der Strafjustiz der Mitgliedstaaten 194

A. Vertrauen als Grundlage der gegenseitigen Anerkennung in Strafsachen	194
I. Der unionseigene Standpunkt	194
II. Außenbetrachtung	195
1. Befürwortende Ansicht	195
2. Ablehnende Ansicht	196
3. Eigene Stellungnahme	198
B. Vertrauen und Komplexität	199
I. Der Begriff des Vertrauens	199
1. Methodologische Überlegungen	199
2. Vertrauen als soziale Beziehung	199
a) Vertrauensbeziehungen nach <i>Hobbes</i>	199
b) Vertrauensbeziehungen in der Systemtheorie	200
3. Wirkung von Vertrauen	201
a) Der Begriff der Komplexität	201
b) Reduktion von Komplexität	202
II. Anforderungen der modernen Gesellschaft an die justizielle Zusammenarbeit	204
1. Komplexität aufgrund gesellschaftlicher Veränderung	204
a) Globalisierung als gesellschaftlicher Wandel	204
b) Transnationale Kriminalität	206
2. Vertrauen als Grundlage staatlicher, transnationaler Zusammenarbeit	209
C. Vertrauenswürdigkeit als Vertrauensgrundlage	211
I. Vorüberlegungen	211

II.	Sozialwissenschaftliche Erkenntnisse	212
1.	Vertrauenswürdigkeit	212
a)	Vorbemerkung	212
b)	Originäre Vertrauenswürdigkeit	212
c)	Derivative Vertrauenswürdigkeit	214
2.	Ebenen und Stadien des Vertrauens	215
a)	Vertrauensschwellen	215
b)	Vertrauensebenen	216
III.	Schlussfolgerungen für die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	217
1.	Rechtsstaatlichkeit als Bezugsobjekt des Vertrauens	217
2.	Vertrauenswürdigkeit der Rechtshilfepartner	219
3.	Vertrauensbildende Maßnahmen	220
a)	Vorbemerkung	220
b)	Gemeinsames Referenzsystem	221
c)	Gegenseitiges Verständnis und Koordination	222
d)	Transparenz	224
e)	Integrität	225
D.	Strafrechtliche Mindeststandards für die Rechtsstaatlichkeit	
	als Vertrauensgrundlage	227
I.	Vorbemerkung	227
II.	Europäische Menschenrechtskonvention	228
1.	Vorbemerkung	228
2.	Ablehnende Ansicht	228
3.	Befürwortende Ansicht	229
4.	Unionseigener Standpunkt	231
5.	Eigene Stellungnahme	232
III.	Harmonisierung und supranationales Strafrecht durch EU-Sekundärrecht	233
1.	Standpunkt und Maßnahmen der EU	233
2.	Rangverhältnis zwischen gegenseitiger Anerkennung und Rechtsangleichung nach Art. 82 AEUV	233
3.	Subsidiarität und kulturelle Abhängigkeit des Strafrechts	234
a)	Ausgangslage	234
b)	Befürworter einer Harmonisierung	235
c)	Gegner der Harmonisierung	238
d)	Rechtsvereinheitlichung	239
4.	Eigene Stellungnahme	240
IV.	Bestand rechtsangleichender Normen	240
1.	Formelles Strafrecht	240
2.	Materielles Strafrecht	244

5. Kapitel	
Aktuelle Entwicklungen	248
A. Vertrauenskrise und Vertrauensverlust	248
I. Grundlegende Entwicklung	248
II. Erscheinungsformen der Vertrauenskrise	248
1. Rechtseinheit und Gegenseitigkeit	248
a) Allgemeine Betrachtung	248
b) Nationale Vorbehalte	250
2. Intransparenz behördlicher Vorgänge	252
3. Ineffizienz und Korruption in der Justiz	253
a) Vorbemerkungen	253
b) Ineffizienz der Justiz	256
c) Korruption	258
4. Rechtsstaatliche Defizite	259
B. Reform der europäischen Rechtshilfe	261
I. Reformbedarf	261
II. Reaktionen auf die europäischen Reformbemühungen	262
1. Ablehnende Haltung	262
2. Vermittelnde Ansicht	263
3. Gegenmodelle	265
III. Eigene Stellungnahme	266
C. Kontrollmaßnahmen	268
I. Anpassung und Aussetzung der Zusammenarbeit	268
II. Suspendierungsverfahren nach Art. 7 EUV	268
III. Aussetzung bzw. Anpassung	269
1. Rechtsprechung des EuGH	269
2. Übertragbarkeit der Rechtsprechung	271
a) Vergleichbare Interessenlage	271
b) Planwidrige Regelungslücke	273
IV. Zukünftige Entwicklungen	276
D. Umsetzung der Europäischen Ermittlungsanordnung in Deutschland	279
I. Gegenwärtiger Rechtsbestand	279
II. Kritik am IRG	279
III. Lösungsansätze	280
 <i>3. Teil</i> 	
Schlussbetrachtung	282
Literaturverzeichnis	303
Stichwortverzeichnis	325

Abkürzungsverzeichnis

1. EHB-Gesetz	Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union vom 21. Juli 2004
1. ZP EMRK	Erstes Zusatzprotokoll zur EMRK
1. ZP-EuRhÜbk	Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen
2. ZP-EuRhÜbk	Zweites Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen
6. ZP EMRK	Sechstes Zusatzprotokoll zur EMRK
13. ZP EMRK	Dreizehntes Zusatzprotokoll zur EMRK
AA	Auswärtiges Amt
a.A.	andere Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
Abl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften bzw. Union
Abs.	Absatz
A-ErgV EuRhÜbk	Vertrag zwischen Deutschland und Österreich über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts (Schweiz)
Az.	Aktenzeichen
BayObLGSt	Sammlung des Bayerischen Obersten Landesgerichts
BBl	Bundesblatt (Schweiz)
Beschl.	Beschluss
BfJ	Bundesamt für Justiz
BfJG	Gesetz über die Errichtung des Bundesamts für Justiz
BGBL	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen

BMJ	Bundesministerium der Justiz
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CBM	Confidence-Building Measures
C.C.C.	Canadian Criminal Cases
CDL	La Commission européenne pour la démocratie par le droit
CH-ErgV EuRhÜbk	Vertrag zwischen Deutschland und der Schweiz über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen
CLF	Criminal Law Forum
CLSC	Crime, Law and Social Change
CMLR	Common Market Law Review
CPP	Codice di procedura penale (Italien)
CVM	Cooperation and Verification Mechanism
CZ-ErgV EuRhÜbk	Vertrag zwischen der Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen
DAG	Deutsches Auslieferungsgesetz
D-A PoIV	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur polizeilichen Gefahrenabwehr und in strafrechtlichen Angelegenheiten
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRiZ	Deutsche Richter-Zeitung
Dublin-II-Verordnung	Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates vom 18. Februar 2003 zur Festlegung von Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist, den ein Staatsangehöriger eines Drittlandes in einem Mitgliedstaat gestellt hat
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
EBA	Europäische Beweisverordnung
ECHR	Reports of Judgments and Decisions
EEA	Europäische Ermittlungsverordnung
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGMR-E	Deutschsprachige Sammlung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte

EG- <i>ne bis in idem</i> -Übk	Übereinkommen vom 25. Mai 1987 zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über das Verbot der doppelten Strafverfolgung
EG-VollstrÜbk	Übereinkommen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über die Vollstreckung ausländischer strafrechtlicher Verurteilungen vom 13. November 1991
EHB	Europäischer Haftbefehl
EHRR	European Human Rights Reports
EJCLL	European Journal of Crime, Criminal Law and Criminal Justice
EJN	Europäisches Justizielles Netz
EJTN	European Judicial Training Network
ELJ	European Law Journal
ELW U	Eser, Albin/Lagodny, Otto/Wilkitzki, Peter, Internationale Rechtshilfe in Strafsachen, 2. Auflage, Freiburg 1993
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten bzw. Europäische Menschenrechtskonvention
ERA	Europäische Rechtsakademie
EU	Europäische Union
EuAIÜbk	Europäisches Auslieferungübereinkommen
EU-AuslÜbk	Übereinkommen über die Auslieferung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union
EuCLR	European Criminal Law Review
EuConst	European Constitutional Law Review
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGeldwäscheÜbk	Übereinkommen über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EU-JZG	Bundesgesetz über die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Österreich)
EuR	Europarecht
EuRhÜbk	Europäisches Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen
EU-RhÜbk	Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union vom 29. Mai 2000
EuTerrÜbk	Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus

EUV	Vertrag über die Europäische Union
EVV	Vertrag über eine Verfassung für Europa
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	die folgende
ff.	die folgenden
Fn.	Fußnote
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
GEG	Gemeinsame Ermittlungsgruppe
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GoJIL	Goettingen Journal of International Law
GPS	Global Positioning System
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
h. M.	herrschende Meinung
HRRS	Onlinezeitschrift für Höchstgerichtliche Rechtsprechung zum Strafrecht
HS.	Halbsatz
ICJ Reports	International Court of Justice Reports
ICLQ	International & Comparative Law Quarterly
I-ErgV EuRhÜbk	Vertrag zwischen Deutschland und Italien über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen
IGH	Internationaler Gerichtshof
IP	Internetprotokoll
IPbpR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen
IRSG	Bundesgesetz über internationale Rechtshilfe in Strafsachen (Schweiz)
IRZ	Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit
IStGH-Statut	Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs
i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
JBl	Juristische Blätter
JIT	Joint Investigation Team
JR	Juristische Rundschau
JRP	Journal für Rechtspolitik

JSt	Journal für Strafrecht
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristen Zeitung
KG	Kammergericht
KOM	Legislativvorschläge und sonstige Mitteilungen der Europäischen Kommission an den Rat und/oder an die anderen Organe sowie die entsprechenden vorbereitenden Dokumente
Kommission	Europäische Kommission
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
lit.	Litera
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
n.	Numero
NJECL	New Journal of European Criminal Law
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NL-ErgV EuRhÜbk	Vertrag zwischen Deutschland und den Niederlanden über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen
NLMR	Newsletter Menschenrechte
No.	Number
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	Neue Zeitschrift für Strafrecht Rechtsprechungsreport
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
ÖAnwBl	Österreichisches Anwaltsblatt
ÖBGBl.	Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OGH	Oberster Gerichtshof
ÖJZ	Österreichische Juristen Zeitung
OLG	Oberlandesgericht
ÖRAK	Österreichischer Rechtsanwaltskammertag
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OVG	Oberverwaltungsgericht
PCIJ Series A	Publications of the Permanent Court of International Justice, Series A
PJZS	Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen

PI-ErgV EuRhÜbk	Vertrag zwischen Deutschland und Polen über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen
Rat	Rat der Europäischen Union
Ratsdok.	Dokument des Rats der Europäischen Union
RB	Rahmenbeschluss
RB EBA	Rahmenbeschluss 2008/978/JI des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Europäische Beweisanordnung zur Erlangung von Sachen, Schriftstücken und Daten zur Verwendung in Strafsachen
RB EHB	Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten
RB-Sicherstellung	Rahmenbeschluss 2003/577/JI des Rates vom 22. Juli 2003 über die Vollstreckung von Entscheidungen über die Sicherstellung von Vermögensgegenständen oder Beweismitteln in der Europäischen Union
RdC	Recueil des cours
Reports	Reports of Judgments and Decisions of the European Court of Human Rights
REV	Revised
RG	Reichsgericht
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RIDP	Revue internationale de droit pénal
RiVASt	Richtlinien für den Verkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten
RL	Richtlinie
RL EEA	Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
RuP	Recht und Politik
Rz.	Randzeichen
S.	Satz
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen
SDÜ	Schengener Durchführungsübereinkommen
SEV	Sammlung der Europäischen Verträge bzw. Europaratsverträge
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz

SN	Schlussfolgerungen der Präsidentschaft des Europäischen Rates
StGB	Strafgesetzbuch
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
StPO	Strafprozessordnung
StraFo	Strafverteidiger Forum
StRR	StrafRechtsReport
STS	Sentencia de Tribunal Supremo (Spanien)
StV	Strafverteidiger
u. a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
ÜberstÜbk	Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen vom 21. März 1983
UK	Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland
UKSC	Supreme Court of the United Kingdom
ULR	Utrecht Law Review
Urt.	Urteil
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
v.	vom
vgl.	vergleiche
VN-Antifolterkonvention	Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10. Dezember 1984
VN-Antikorruptions-Übk	Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption
VN-Charta	Charta der Vereinten Nationen
VN-Suchtstoff-Übk	Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen vom 20. Dezember 1988
VO	Verordnung
vs.	versus
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WVRK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
Ziff.	Ziffer
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium

ZP EU-RhÜbk	Zusatzprotokoll zum Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZustV	Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Landesregierungen von Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen über die Zuständigkeit im Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten vom 28. April 2004

1. Teil

Einführung

Europa hat sich schon immer über seine Kultur und seine Werte als Kontinent definiert und wird so auch von den anderen Erdteilen wahrgenommen. Tiefgreifende Veränderungen der Moderne haben dazu geführt, dass sich europäische Nationalstaaten zunehmend als Gemeinschaft organisierten. Die Hauptziele waren dabei Friedenssicherung und Bewältigung wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen. Als zentrale Institutionen dieses Gemeinschaftswillens sind der Europarat und sodann Schritt für Schritt die Europäische Union (EU) entstanden. Erklärtes Ziel dieser Zusammenarbeit ist die europäische Integration. Wichtige Meilensteine auf dem Weg dorthin waren innerhalb der EU die Eröffnung eines Binnenmarkts, der Abbau der Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedstaaten, die Einführung des Euro als einheitliches Zahlungsmittel und die stetige räumliche Erweiterung der EU. Zuletzt wurden mit dem Vertrag von Lissabon und der Charta der Grundrechte der EU (GRCh) die Rechtsgrundlagen für eine wesentliche Vertiefung der Integration geschaffen. Auf dieser Grundlage kann nun die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten vereinfacht, deren Zusammenhalt untereinander gefestigt und so letztlich auch deren Gesamtgewicht nach außen gestärkt werden. Erstmals sind alle Rechtsgebiete und Rechtsbeziehungen Bestandteil einer europäischen Architektur. Dies betrifft insbesondere auch das Strafrecht.

Soweit Staaten Straftaten mit grenzüberschreitendem Bezug zu verfolgen haben, bedienen sie sich der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen. Dafür schafft die EU auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens zwischen ihren Mitgliedern Rechtsinstrumente zum Prinzip der gegenseitigen Anerkennung. Dazu gehört eine Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen (RL EEA). Diese Richtlinie soll das Rechtshilfverfahren in Bezug auf Ermittlungsmaßnahmen effektiver und effizienter gestalten. Langwierige Verfahren sollen hierdurch vermieden und Straftätern Rückzugsmöglichkeiten genommen werden. Zugleich mehren sich jedoch Stimmen gegen einen Richtlinienerlass. Dies lässt sich zum einen auf ernstliche rechtliche Bedenken zurückführen, zum anderen auf eine gewisse Europaskepsis bzw. -müdigkeit. Befürchtet wird im transnationalen Verfahren ein Ungleichgewicht zu Lasten des einzelnen Beschuldigten gegenüber der vernetzten Strafverfolgung. Erkennbar ist außerdem eine gewisse Be-

sorgnis vor einem „Dammbruch“ bei der Rechtsstaatlichkeit des eigenen Strafverfahrens durch zunehmende transnationale Bezüge. Im Strafrecht ist den Mitgliedstaaten im Vergleich zum Zivil- und Verwaltungsrecht bisher ein eigener Regelungsbereich verblieben. Maßnahmen der EU werden insoweit verstanden als Aufgabe nationaler Souveränitätsvorbehalte. Deshalb lehnen viele Kritiker die Vertiefung der europäischen Integration ab und wännen sich darin bestärkt durch aktuelle Krisen im Wirtschaftsbereich und das wachsende Gefühl unzureichender Beteiligung an der Politik der EU. Für das Strafrecht gilt Entsprechendes.

Demgegenüber wird die vorliegende Arbeit aufzeigen, dass eine transnationale Strafverfolgung eine intensivere Form der Zusammenarbeit benötigt. Ein wesentlicher Bestandteil ist hierfür die europäische Integration. Neben einem einheitlichen Binnenmarkt muss daher auch das Postulat vom Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts Realität werden. Anhand der RL EEA zeigt die vorliegende Arbeit in fünf Kapiteln die Entwicklung und die Herausforderungen der justiziellen Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten bei der Verfolgung transnationaler Kriminalität auf.

Das erste Kapitel beschreibt die internationale Rechtshilfe in Strafsachen als traditionellen Kooperationsmechanismus. In einem ersten Schritt wird die Rechtshilfe von anderen Formen der Zusammenarbeit abgegrenzt. Hierfür wird ihr Anwendungsbereich umrissen sowie ihre Rechtsquellen benannt. Inhaltlich enthält die RL EEA Regelungen, die der Beweisrechts-hilfe entsprechen. Hierzu gehören alle Ermittlungsmaßnahmen von Justizbehörden, einschließlich Zwangs- und Überwachungsmaßnahmen. In einem zweiten Schritt werden die Grundsätze und Hindernisse der Rechtshilfe dargestellt. Hierzu gehören die Grundsätze der Gegenseitigkeit, der beiderseitigen Strafbarkeit, der Spezialität und der Verhältnismäßigkeit sowie die Rechtshilfehindernisse des *ordre public* und des *ne bis in idem*. In einem dritten Schritt werden Zuständigkeit, Verfahren und Form der Rechtshilfe beschrieben. Hierzu gehört als besondere Verfahrensfrage – die auch für die RL EEA von wesentlicher Bedeutung ist – die Anwendung fremden Rechts im ersuchten Staat. In einem vierten und letzten Schritt wird unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des BVerfG der Rechtsschutz im Rechtshilfeverfahren aus deutscher Sicht behandelt.

Das zweite Kapitel stellt die justizielle Zusammenarbeit nach dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung – auf dem auch die RL EEA beruht – als neuen Kooperationsmechanismus vor. Zuerst wird die Wirkung einer fremden Entscheidung im Anordnungsstaat aufgezeigt. Besonders berücksichtigt werden hierbei Primärquellen, d.h. Mitteilungen der EU-Organe. Sodann geht es um den beschränkten Verzicht auf den Grundsatz der beiderseitigen Strafbarkeit. In diesem Zusammenhang werden unter besonderer Berück-

sichtigung der Rechtsprechung des BVerfG Fragen der Bestimmtheit und Rechtssicherheit untersucht. Es folgt eine Erörterung der häufigsten Kritikpunkte an der gegenseitigen Anerkennung, welche im Übrigen auch gegen die RL EEA erhoben werden (die Vollstreckung fremder Entscheidungen nach EU-Sekundärrecht verstoße gegen das Demokratieprinzip; das in anderem Zusammenhang entwickelte Prinzip der gegenseitigen Anerkennung lasse sich nicht auf das Strafrecht übertragen, es entwerte das materielle und formelle Strafrecht der Mitgliedstaaten und begünstige ein sogenanntes *forum shopping*). Schließlich werden die Auswirkungen der Systemunterschiede zwischen den nationalen Strafrechtsordnungen auf die Beweisrechtshilfe und die gegenseitige Anerkennung diskutiert.

Im dritten Kapitel werden die Regelungen der RL EEA vorgestellt und – aufbauend auf den ersten beiden Kapiteln – kommentiert. Die Richtlinie ist anwendbar auf fast alle Ermittlungsmaßnahmen und führt verschiedene bestehende Rechtsakte zusammen. Fragen der Zuständigkeit und des Anwendungsbereichs werden unter dem Begriffspaar „gerichtlicher“ oder „justizieller“ Entscheidung erörtert. Untersucht wird ferner, ob und inwieweit die Richtlinie durch formelle Vereinfachungen (etwa Standardformulare, besondere Regelungen über die Anwendung eigenen und fremden Rechts sowie Übermittlungsfristen) zur Effizienz der Zusammenarbeit beitragen kann. Sodann wird die Wechselbeziehung der Vollstreckungsverpflichtung mit dem System der Vollstreckungsschranken dargestellt. Insbesondere Fragen zum Grundsatz des *ordre public*, zum Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und zum Umgang mit Formfehlern werden vertieft erörtert. Hierfür wird ein Vergleich mit den Regelungen zum Rahmenbeschluss zum Europäischen Haftbefehl gezogen, und die Rechtsprechung des EuGH, des EGMR sowie die höchstrichterliche Rechtsprechung in Deutschland besonders berücksichtigt. Abschließend wird auf einzelne Obliegenheiten und Verfahrensrechte im Rahmen der Richtlinienanwendung eingegangen.

Das vierte Kapitel untersucht die Bedeutung des gegenseitigen Vertrauens in die Rechtsstaatlichkeit der Strafrechtspflege der jeweiligen EU-Mitgliedstaaten als Grundlage des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung. Ausgehend vom EU-Konzept wird in einem ersten Schritt die Kontroverse über Vertrauen als Kooperationsgrundlage zwischen den Mitgliedstaaten dargestellt. Hierzu gehören: die Tauglichkeit von Vertrauen überhaupt als normative Grundlage europäischer Zusammenarbeit, die Annahme bereits bestehenden Vertrauens sowie die Auswirkungen rechtsstaatlicher Defizite auf jenes Vertrauen. In einem zweiten Schritt wird Vertrauen identifiziert als insbesondere soziales Phänomen. Daraufhin werden der Bedarf an und die Bedingungen für Vertrauen anhand soziologischer Theorien erörtert und anschließend auf den Staatenverkehr übertragen. Nach einführenden grundsätzlichen Überlegungen von *Hobbes* wird sodann unter besonderer Berück-